



## Antrag

Fraktion AfD

### Ausstiegsprogramm für Linksextremisten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein staatliches Ausstiegsprogramm für Linksextremisten durch entsprechende Maßnahmen des Ministeriums für Inneres und Sport für das Land Sachsen-Anhalt zu schaffen und bis spätestens zum Dezember 2020 ins Leben zu rufen.

### Begründung

Unser Staat hat Gegner, die ihn beseitigen wollen. Hiergegen stellt sich der Rechtsstaat, der die freiheitliche Demokratie gegen seine Feinde verteidigt. Eine feindlich aggressive Haltung gegenüber den Werten des Grundgesetzes nehmen Extremisten des linken, rechten und religiösen Spektrums sowie Sekten ein. Hiergegen muss entschlossen vorgegangen werden, es gibt keinen guten Extremismus. Ein Ausstiegsprogramm für Linksextremisten ist ein längst überfälliger Beitrag zum Maßnahmenkatalog des Landes Sachsen-Anhalt gegen Extremismus, gegen jede Art und Gewalt. Bei der Beurteilung der Gefahren für die freiheitlich demokratische Grundordnung verbietet sich eine Vernachlässigung einer der Phänomenbereiche der Verfassungsfeindlichkeit. Im Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 2018 wurden unter Rubrik der „Politisch motivierten Kriminalität - links“ 1.340 Gewalttaten erfasst, wovon 1.010 als linksextremistisch eingestuft wurden. Bei „Politisch motivierter Kriminalität - rechts“ waren hingegen 1156 Gewalttaten zu verzeichnen, wobei 1088 als extremistisch eingestuft wurden. Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass die „Politisch motivierte Gewalt - links“ eine erhebliche Gefahr für die Menschen und ein gesellschaftliches Problem darstellt, das gelöst werden muss. Deshalb soll dieses Programm ein weiterer Teil eines ganzheitlichen Einsatzes zur umfassenden Auseinandersetzung mit allen Erscheinungsformen des Extremismus in unserem Land sein.

(Ausgegeben am 10.12.2019)

Das Ausstiegsprogramm soll sich an Personen richten, die sich vom Linksextremismus lossagen möchten und sich aus dem Einflussbereich linksextremistischer Strukturen befreien wollen, den Ausstieg aus eigener Kraft aber nicht schaffen. Das Programm soll die solchermaßen in linksextremistischen Strukturen verstrickten Personen von Gewalt und Radikalität befreien und sie zum Ausstieg aus der linksextremistischen Szene motivieren. Es soll sie in ihrem Entschluss bestärken und sie bei ihrer Entscheidung zum Ausstieg unterstützen. Hierbei sollen den Hilfesuchenden eine Vielzahl individueller und unterstützender Maßnahmen angeboten werden. Zu den Maßnahmen, die von Seiten des Staates ergriffen werden sollen, gehört auch das Unterstützen bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche. Auch soll es Hilfe bei der Vermittlung von schulischen oder beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen geben. Im Weiteren soll Unterstützung bei der Vermittlung von externen Hilfsangeboten bei Drogen- und Alkoholproblemen erfolgen.

Die Landesregierung wird daher durch den Landtag aufgefordert, die Rechtsgrundlagen für ein staatliches Ausstiegsprogramm für Linksextremisten zeitnah einzurichten, damit das Programm spätestens bis zum Dezember 2020 arbeitsfähig ist.

Oliver Kirchner  
Fraktionsvorsitzender